

# Interview mit Stephan Brandner

Agrarpolitik AfD

## Bundestagsabgeordneter der AfD beantwortet Fragen zur Agrarpolitik

Interviewer: Martha Bracklo & Jonas Kleensang

**Wodurch zeichnet sich die Agrarpolitik der AfD aus?**

Heimat braucht Bauern. Die AfD tritt daher für einen starken, freien und unabhängigen Bauernstand ein. Weil die heimische Landwirtschaft unverzichtbar für die Versorgung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln ist, möchten wir die in Deutschland historisch gewachsene und vielfältige Agrarstruktur erhalten und bäuerliche Familienbetriebe schützen. Wir werden die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für auskömmliche landwirtschaftliche Einkommen, mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit sowie für einen fairen Wettbewerb schaffen.

**Inwiefern sollte die Tierhaltung in Deutschland eingeschränkt oder reformiert werden?**

Es geht im Kern der Debatte weniger um eine Weiterentwicklung der Tierhaltung als vielmehr um den Erhalt der Tierhaltung in Deutschland. Dazu benötigen die heimischen Tierhalter verlässliche Planungs- und Investitionssicherheit sowie wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere letztere ist von besonderer Bedeutung, da die gesetzlichen Anforderungen in regelmäßigen Abständen ansteigen und damit die Nutztierhaltung vor allem für kleinere Betriebe und Nebenerwerbsbetriebe immer unrentabler wird.

Deshalb werden wir uns für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung – insbesondere auch für verarbeitete Lebensmittel – einsetzen sowie regionale Wertschöpfungsketten und die Weidetierhaltung fördern.

Die AfD fordert darüber hinaus, dass der Export von lebenden Schlachttieren in Drittstaaten verboten wird, sofern nicht lückenlos und glaubhaft durch den Exporteur nachgewiesen wird, dass den Tieren auf dem gesamten Transport keine unnötigen Leiden zugefügt werden.

Den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung lehnen wir ab.

**Welche Rechte sollten Arbeitnehmer\*innen in der Landwirtschaft zugesprochen werden?**

Selbstverständlich sollen alle in der Landwirtschaft tätigen Arbeitnehmer über dieselben Rechten und Pflichten wie Arbeitnehmer aus anderen Branchen verfügen. Uns liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass dies nicht der Fall ist.

### Stephan Brandner

Bundestagsabgeordneter aus Thüringen

Der in Herten (Westfalen) geborene Rechtsanwalt Stephan Brandner ist seit 2013 Mitglied der AfD. Er war 2014-2017 Landtagsabgeordneter des Thüringer Landtags.

Seit 2017 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags. Er ist über die Wahlkreise Erfurt, Weimar und Weimarer Land II in den Bundestag gezogen.

Dort ist er Justiziar der Fraktion und Thüringer Landesgruppensprecher. Seit Mai 2019 ist Brandner Stadtrat in Gera (Thüringen) und seit Dezember 2019 stellvertretender Bundessprecher der AfD.

Brandner ist ordentliches Mitglied im Ältestenrat, Vermittlungsausschuss und Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz. Außerdem ist er stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und im Wahlausschuss.

Wie sollte die Agrarpolitik hinsichtlich Umwelt- und Klimaziele gestaltet werden?

Für die AfD hat der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen – Boden, Wasser und Luft – eine zentrale Bedeutung.

Die deutschen Bauern leisten dazu bereits heute einen besonders wichtigen Beitrag. Solange wir aber Agrargüter aus Ländern importieren, in denen Umwelt-, Tier-, und Artenschutz meist keine große Rolle spielen, nutzt es nichts, die deutschen Umweltstandards im nationalen Alleingang immer weiter anzuheben.

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb für einen Umweltschutz ein, der gemeinsam mit den Bauern und nicht gegen sie funktioniert. Wir werden all denjenigen deutschen Bauern, die freiwillig zusätzliche Umwelt- und Artenschutzleistungen erbringen wollen, einkommenswirksame Anreize bieten.

Welche agrarpolitischen Maßnahmen müssen ihrer Meinung nach auf EU-Ebene getroffen werden?

Eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) macht nur dann Sinn, wenn in den EU-Mitgliedsstaaten auch vergleichsweise gleiche Regelungen bestehen. Ein gemeinsamer Markt benötigt gemeinsame Regeln. Davon sind wir jedoch leider weit entfernt. Die Agrarpolitik muss deshalb wieder zurück ins deutsche Parlament geholt werden, wo wir deutlich zielgerichteter und demokratischer darüber entscheiden können, als es Brüsseler Schreibtischbürokraten je könnten. Jedes „Weiter so“ geht nur zu Lasten der heimischen Landwirtschaft.